

Rezension: Aurel Croissant, Beate Martin (Hrsg.) : Between Consolidation and Crisis, Elections and Democracy in Southeast Asia

Bünthe, Marco

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bünthe, M. (2006). Rezension: Aurel Croissant, Beate Martin (Hrsg.) : Between Consolidation and Crisis, Elections and Democracy in Southeast Asia. [Rezension des Buches *Between consolidation and crisis : elections and democracy in five nations in Southeast Asia*, hrsg. von A. Croissant, & B. Martin]. *Südostasien aktuell : journal of current Southeast Asian affairs*, 25(6), 88-91. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-336854>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

che Verhalten von ausgewählten Ländern wie Japan, USA, China, Südkorea, Taiwan, Singapur, Thailand, Malaysia und Mexiko angewandt. Die Analyse ergibt, dass nicht zwingend regionale Wirtschaftsmächte wie China, Japan und Südkorea Vorreiterfunktionen im Abschluss von bilateralen Verträgen einnehmen, sondern eher kleinere und mittlere Volkswirtschaften in dieser Hinsicht eine tragende Rolle spielen. Hier sind insbesondere Singapur und Mexiko zu nennen, die neben ihrer Vorreiter- auch eine Vorbildfunktion für ihre regionalen Nachbarländer eingenommen haben. Es wird zudem deutlich, dass unter den ökonomischen Bestimmungsfaktoren insbesondere das genuine Interesse an der Ausweitung von Handel und Dienstleistungen (sechs von neun Fällen) überwiegt. Gleichwohl weisen drei Fälle (USA, China, Taiwan) auf die implizite Förderung von Investitionsbeziehungen im institutionellen Rahmen von Handelsverträgen hin. Dies bestätigt die These, dass FTAs in vielen Fällen nicht nur Übereinkünfte über den Handel mit Gütern und Dienstleistungen, sondern immer häufiger auch Bestimmungen über Investitionen, Faktormobilität, gegenseitige Anerkennung von Produktstandards, Zollharmonisierung etc. enthalten. Ferner ist bei der Mehrheit der untersuchten Verträge festzustellen, dass sie nicht kompatibel sind mit entsprechenden WTO-Vorgaben. Die Analyse der politischen Einflussvariablen hat ergeben, dass für sechs von neun Ländern bereits existierende handelsrelevante Institutionen sowie Machtfaktoren ausschlaggebend für die Gründung von FTAs sowie ihre spezifische Ausgestaltung sind. Für die Vereinigten Staaten sind

bilaterale Handelsabkommen, so eine überraschender Befund der Studie, eher building als stumbling blocks. China und Taiwan betrachten FTAs dagegen eher als Mittel zum Ausbalancieren von anderen Handelsdyaden. Auf staatlicher Ebene hat sich herausgestellt, dass Interessengruppen nur eine schwache Rolle bei der Entscheidung von Regierungen spielen, FTAs zu etablieren. Dies impliziert, dass FTAs eher „von oben“, also von nationalen politischen Eliten, gesteuert werden als von mächtigen ökonomischen Akteuren. Dieser Befund korreliert mit der These, dass die FTAs primär nationale politische Interessen widerspiegeln und oft alternative Wege zur multilateralen Handelsliberalisierung einschlagen.

Insgesamt stellt das Buch von Aggarwal und Urata eine sehr überzeugende, innovative, da theoretisch fundiert und empirisch reichhaltig, Studie dar, die ein Forschungsfeld erschließt, das sowohl für den theoretisch arbeitenden Politikwissenschaftler und Ökonomen als auch für den Praktiker interessant ist. – *Howard Loewen* –

Aurel Croissant, Beate Martin (Hrsg.) (2006):

Between Consolidation and Crisis, Elections and Democracy in Southeast Asia, Münster. Lit-Verlag, ISBN: 3-8258-8859-2.

Freie und faire Wahlen gehören heute zum Repertoire eines jeden demokratischen Staates. Die Weigerung eines Staates, freie und faire Wahlen durchzuführen, oder die Missachtung von Wahlergebnissen, kann – wie in Myanmar par excellence vorgeführt – zur

Enthaltung internationaler Anerkennung und internationalen Sanktionen führen. In Südostasien halten fast alle Staaten (bis auf Myanmar, Laos und Vietnam) regelmäßig demokratische Wahlen ab. Die Bedeutung der Wahlen ist jedoch für die einzelnen Staaten sehr unterschiedlich. Während sie in den (autoritären) Hybridregimen Singapur und Malaysia eher rituellen Charakter aufweisen, tragen sie in den (defekten) Demokratien Thailands, Indonesiens und Philippinen zum demokratischen Wettbewerb bei. Auch für die Konsolidierung der Demokratie haben die Wahlen eine unterschiedliche Wirkung. Während Indonesien durch die Abwahl von Präsidentin Megawati und die Wahl Susilos Fortschritte bei der Konsolidierung erzielen konnte, hat sich auf den Philippinen die politische Krise nach der Wiederwahl Arroyos verschärft. In Thailand wurden nach dem erneuten Erdrutschsieg Thaksin bei den Wahlen im Jahre 2005 die autoritären Tendenzen noch weiter verschärft. Auf diesen Befunden aufbauend haben Aurel Croissant (Universität Heidelberg) und Beate Martin (FES) nun einen Sammelband vorgelegt, der die Bedeutung von Wahlen für die Staaten Südostasiens herausarbeitet. Das Buch geht auf eine Konferenz zurück, die die Friedrich Ebert Stiftung nach dem Superwahljahr 2004 durchgeführt hat. Es liefert einen sehr guten Überblick über den Stand der demokratischen Entwicklung in Südostasien, über die Bedeutung von Wahlen und den Beitrag, den diese bei der Lösung gesamtgesellschaftlicher Probleme haben.

In seiner Einführung untermauert Aurel Croissant die Bedeutung von Wahlen für

die liberale Demokratie. Als institutionalisierter Wettbewerb sollen sie unterschiedliche politische Gruppen integrieren, die Kompromissfindung unter ihnen erleichtern und die Regierungsbildung ermöglichen. Dabei zeigt Croissant, dass Wahlen immer im Spannungsfeld von Konflikt und Kompromiss sowie Inklusion und Effektivität stattfinden sowie Wirkungen auf die Regierungsfähigkeit und Repräsentativität des politischen Systems haben. Basierend auf diesen Überlegungen umreißt Croissant den analytischen Rahmen des Buches: Aufbauend auf dem institutionellen Rahmen und den Verfahren der Wahlen sollen die Resultate beschrieben und ihr Beitrag zur (demokratischen) Entwicklung des Landes analysiert werden. Ein dezidiertes Augenmerk soll dabei auf die Regierungsfähigkeit, die Integration gesellschaftlicher Gruppen und die Effizienz staatlicher Institutionen gelegt werden.

Sorpong Peou zeigt in seinem anschaulich geschriebenen Beitrag, dass Kambodscha sich trotz Abhaltung regelmäßiger Wahlen auf dem Weg zu einer illiberalen Demokratie befindet. Obwohl es keine formellen Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen gab, konnten Hun Sen und die CPP durch Einflussnahme auf die Medien und die Beeinflussung des Staatsapparates – hier vor allem der Einfluss der village chiefs und der Polizei – die Wahlen zu seinen Gunsten entscheiden. Hun Sen gelang es, seine Macht zu konsolidieren, er war jedoch auf einen Koalitionspartner angewiesen. Die Wahlen bewirkten hier eine Zivilisierung des politischen Wettbewerbs, ohne die das Land in Anarchie und politische Gewalt hätte zurückfallen können.

Für Indonesien untersucht Bob S. Hadwinata die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen des Jahres 2004. Nach seinen Befunden hat Indonesien einen weiteren Schritt bei der Installierung freier und fairer demokratischer Wahlen gemacht, da die wesentlichen politischen Akteure die Spielregeln eingehalten hätten. Zwar hätte es die in präsidentiellen Systemen üblichen Probleme der Mehrheitsfindung zur Regierungsbildung gegeben, die sich erst auflösten als Jusuf Kalla zum Parteivorsitzenden und die Golkar damit ins Regierungslager rückten. Die größere Integration und Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen aller Teile des Inselstaates bedeutete jedoch einen sehr großen Fortschritt für die noch junge Demokratie.

Lim Hong Hai und Ong Kian Min untersuchen die Bedeutung von Wahlen im semidemokratischen System Malaysias. Wahlen sind in den Augen der Autoren der Hauptmechanismus, mit dem die Responsivität der Regierung garantiert wird. Dies habe der regierenden Parteienkoalition UMNO trotz mangelnder Fairness bei Wahlen die notwendige Legitimität verliehen, mit der politische Stabilität auch ohne die Anwendung von Gewalt erhalten bleibt. In seiner Untersuchung der Wahlen auf den Philippinen geht Julio Teehankee auf die Widersprüchlichkeiten und Paradoxien des philippinischen Falles ein. Wahlen werden zwar schon seit der Demokratisierung im Jahr 1986 regelmäßig durchgeführt, sie sind jedoch mit einer Reihe von Problemen konfrontiert (Gewalt, Wahlbetrug). Unter den Bedingungen von Armut und nationalstaatlicher Fragmentierung haben die Philippinen eine von Eliten dominierte, klientelis-

tische Demokratie hervorgebracht. Wahlen sind kostspielig und wirken dadurch exkludierend. Patronage und Pork Barrel Politics sind unter diesen Kontextbedingungen an der Tagesordnung und werden von zivilgesellschaftlichen Gruppen bekämpft.

Paul Chambers untersucht die Wahlen im Jahre 2005 in Thailand, die einen Erdrutschsieg für Premierminister Thaksin und die Konsolidierung seiner quasiautoritären Machtstrukturen zur Folge hatten. Chambers gelangt zu dem Ergebnis, dass die Wahlen einen demokratischen Wettbewerb erlaubt haben. Gleichzeitig hätte Thaksin jedoch durch den Einsatz staatlicher Ressourcen (Presse, Wahlgeschenke) und durch die Beschneidung der Autonomie unabhängiger Institutionen (Wahlkommission) einen deutlichen Vorteil im Amt gehabt. Die thailändische Demokratie zeigt dadurch positive wie negative Züge: Einerseits hat die Wiederwahl Thaksins die Stabilität und Regierungsfähigkeit erhöht und die Anzahl der Parteien reduziert, unabhängige Institutionen funktionierten formal weiter. Andererseits hätte die neue Verfassung die Thai-Rak-Thai-Partei und den Premierminister deutlich gestärkt und die Oppositionsparteien geschwächt. Sollten sich keine Reformkräfte in der Zivilgesellschaft und in den Parteien finden, sei Thailand auf dem Weg zu einer Einparteienherrschaft der Thai-Rak-Thai-Partei.

In einem abschließenden Beitrag fasst Aurel Croissant die empirischen Ergebnisse der Einzelstudien noch einmal unter der Fragestellung zusammen, bis zu welchem Ausmaß in Südostasien „elektorale Demokratien“ etabliert worden sind. Darüber hinaus zeigt er die Folgen der Wahlen für die

Regierungen und das Parteiensystem auf. Basierend auf den Überlegungen von Hadenius (1992) vergleicht Croissant die Bedeutsamkeit der demokratischen Wahlen, wobei er zu der Einschätzung gelangt, dass Wahlen in Kambodscha (8) und Malaysia (9) insgesamt weniger bedeutsam sind als in den Philippinen und Thailand (jeweils 10), während sie in Indonesien die höchste Relevanz besitzen (11). Auf den Parteienwettbewerb haben die Wahlen jedoch weitaus weniger Auswirkungen. So überwiegt sowohl bei der Kabinetts- als auch bei der Parteiensystemstruktur weitgehende Kontinuität. Die Aussagekraft von Messungen der Volatilität und Fragmentierung für südostasiatische Parteien scheint hier jedoch angesichts der Dominanz von Fiktionalismus und Patronagepolitik insgesamt fragwürdig. Alles in allem ist das von Aurel Croissant und Beate Martin herausgegebene Buch eine willkommene Neuerscheinung zur politischen Entwicklung der jungen Demokratien Südostasiens. Erfreulicherweise geht es über die bloße Beschreibung von Wahlprozedere und Regierungsbildung hinaus. Es liefert einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der demokratischen Entwicklung dieser Länder, da es die Wahlen und ihre Bedeutung ins Zentrum der Betrachtung rückt und aufzeigt, wo die Entwicklungsprobleme der jungen Demokratien wirklich liegen. – *Marco Bünte* –